

FDP- Fraktion Schlieren

An den Stadtrat, Stadthaus, 8952 Schlieren

Schlieren, 20.10.2025

Postulat «Personalbremse»

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche verbindlichen Mechanismen und/ oder Festlegungen sicherstellen können, dass die Anzahl Vollzeiteinheiten in der städtischen Verwaltung mittelfristig prozentual höchstes gleich stark wachsen darf wie die ständige Wohnbevölkerung. Ausserdem soll geprüft werden, ob die Festlegung einer jährlichen maximalen Zuwachs- Prozentzahl ebendieser Vollzeiteinheiten möglich wäre. Es sollen dabei sowohl interne Prozesse als auch eine allfällige Anpassung der Gemeindeordnung geprüft werden.

*Möglicher Ansatz (in Anlehnung an den Wortlaut der kantonalen VI "Personalbremse"):
Gemeindeordnung, Art. 25, Absatz 3 (neu)*

Personalbremse

1 Die Anzahl Vollzeiteinheiten in der städtischen Verwaltung darf mittelfristig höchstens gleich stark wachsen wie die ständige Wohnbevölkerung. Das maximale Wachstum ist in jedem Fall auf 1.5% p.a. begrenzt.

2 Eine allfällige Verordnung legt die Berechnungsgrundlagen fest und berücksichtigt dabei insbesondere die Auslagerung, die Übernahme und den Wegfall von Aufgaben. Die Verordnung enthält Regelungen, um die Umgehung des Grundsatzes gemäss Abs. 1 zu verhindern.

3 Ausnahmen vom Grundsatz gemäss Abs. 1 sind zulässig, wenn sie durch den Stadtrat beschlossen und vom Gemeindepárament mit Zweidrittelsmehrheit genehmigt werden. Sie sind zu befristen.

Begründung: Die Verwaltung in der Stadt Schlieren wächst schneller als die Bevölkerung – und das auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Während Unternehmen effizienter werden müssen, bläht sich der städtische Verwaltungsapparat Jahr für Jahr auf. Insbesondere in für die Erfüllung des öffentlichen Auftrags nicht zwingenden «Soft- Bereichen» wie Kommunikation, Gesellschaft, Assistenzen u.a. Hinzu kommt: Die Verwaltung bietet «sichere Stellen», zahlt oft überhöhte Löhne, um Stellen besetzen zu können und steht damit in einem Konkurrenzkampf mit unseren KMU. So fehlen der Privatwirtschaft genau jene Fachkräfte, die dort für Innovation, Wachstum und Wertschöpfung sorgen. Das kann so nicht weitergehen. Unser Postulat verlangt eine Prüfung des Verwaltungswachstums. Damit setzen wir ein Zeichen für einen sorgsamen Umgang mit unseren Steuergeldern, gegen Steuererhöhungen und gegen ein übermässiges Wachstum städtischer Bürokratie.

Unterschriften:

Dominic Schläpfer

John Daniels

David Baumann

Nelson Araya

Daniel Laubi

Markus Weiersmüller

Sarah Impusino

Denise Küng

Olivia Boccali

Gino Adda

Daniel Tännler

Pascal Bachmann

Thomas Grädel